



*Menschen mitnehmen*

*Gemeinsam gestalten*

*Aus Liebe zu Marburg*

Kommunalwahlprogramm der CDU Marburg  
2016 – 2021

## **1. Familienpolitik**

Kinder sind unsere Zukunft. Die Familie zu stärken war immer Ziel unserer Politik und wird es bleiben. Von Familien mit ihren Kindern hängt unser sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Fortschritt ab. Daher räumen wir der Familienpolitik in allen Politikfeldern Vorrang ein.

Unser Ziel ist es, Marburg zur kinder- und familienfreundlichsten Stadt in Deutschland zu machen. Dazu wollen wir mit unserer Politik beitragen. Ziel muss es sein, Eltern eine größtmögliche Wahlfreiheit zu garantieren und Kinder bestmöglich zu fördern. Dazu ist es wichtig, eine breit gefächerte, flexible und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung anzubieten.

Die CDU wird sich für kleinere Gruppen bei der Kinderbetreuung bei Kindern unter drei Jahren und in den Kindergärten weiter einsetzen. Dabei ist es uns wichtig, die Individualförderung jedes einzelnen Kindes zu stärken.

Die CDU Marburg will auch hier, dass allen Eltern, die das wünschen, ein entsprechendes Angebot gemacht werden kann. Trotzdem sollen allein die Eltern entscheiden, inwieweit sie für die Betreuung ihrer Kinder selbst sorgen oder zusätzliche Betreuungsangebote in Anspruch nehmen möchten. Die Erziehung ist primär Aufgabe der Eltern und nicht des Staates.

Die CDU wird sich weiterhin für bessere Betreuungsangebote in den Früh- und Spätstunden sowie einer stärkeren Vernetzung von Kindergarten und Grundschule einsetzen.

Die CDU setzt sich weiter für Maßnahmen zur Sensibilisierung und Qualifizierung von Fachkräften in der Kinderbetreuung und der Jugendhilfe ein. Dadurch sollen Vernachlässigungen oder Misshandlungen von Kindern rechtzeitig erkannt werden.

Die bestehenden Angebote des Tagesmütternetzwerks und der schulischen Mittagsbetreuung müssen weiter ausgebaut werden.

Zur Kinder- und Familienfreundlichkeit gehören auch attraktive und gut gepflegte Spielplätze. Nur wenige Spielplätze befinden sich in einem so guten Zustand wie der neu gestaltete Spielplatz am Lutherischen Kirchhof.

Die Spielplätze im kinderreichen Hansenhausviertel sind zum Beispiel geprägt von Tristesse und ungepflegten Grünflächen. Für unsere jüngsten Mitbürgerinnen und Mitbürger fordern wir saubere, gut gepflegte und attraktiv ausgestattete Spielplätze.

Zahlreiche Treppen in Marburg sind ohne Kinderwagenrampen ausgestattet. Bei baulichen Erneuerungen muss neben der Barrierefreiheit für gehbehinderte und sehbehinderte Menschen auch der Barrierefreiheit für die Nutzung von Kinderwagen Rechnung getragen werden, sofern dies baulich möglich ist.

## **2. Schul- und Bildungspolitik**

### **Erfolgreiche Schulpolitik für Marburg in 12 Punkten CDU Marburg – Für jedes Kind die richtige Schule**

Die Universitätsstadt Marburg als Schulzentrum des Landkreises Marburg-Biedenkopf verfügt über ein breit gefächertes Angebot an unterschiedlichen Schulformen. Dieses gilt es zu bewahren und – sofern nötig und möglich – punktuell zu ergänzen.

Uns ist wichtig, dass alle unterschiedlichen Schulformen – Grundschule, Hauptschule, Realschule, Mittelstufenschule, Gesamtschule, Gymnasium und berufliche Schulen – gleichberechtigt

nebeneinander stehen. Dabei steht nicht das Abitur als allein anzustrebendes Ziel im Mittelpunkt. Für die CDU Marburg steht vielmehr die begabtgerechte Beschulung der Kinder im Fokus. Dazu muss auch die Durchlässigkeit zwischen den Schulsystemen weiter verbessert werden. Unser Ziel ist es, dass jede Schülerin und jeder Schüler einen qualifizierten Abschluss erreicht.

### **Alle Schulen – auch in den Außenstadtteilen – erhalten**

Wir setzen uns für den Erhalt aller Marburger Schulen – insbesondere auch der Grundschulen in den Außenstadtteilen – ein. Um dieses Ziel zu erreichen, muss ergebnisoffen über weitere Schulverbände frühzeitig unter Beteiligung der Schulen und der Eltern beraten werden.

### **Internationale Schule errichten**

Um die Attraktivität des Schulstandortes Marburg weiter zu verbessern, wollen wir die Errichtung einer internationalen Schule ergebnisoffen prüfen, um so auch den Wirtschafts- und Universitätsstandort Marburg zu festigen und zu fördern.

### **Kooperation mit der heimischen Wirtschaft und dem Handwerk intensivieren**

Schülerinnen und Schüler mit einer ausgeprägten praktischen Begabung sollen frühzeitig durch eine Praxis- und Berufsorientierung ein entsprechendes Bildungsangebot haben. Hierzu wollen wir ein Programm zur frühzeitigen Werbung für die duale Ausbildung in Kooperation mit dem Handwerk und der Wirtschaft initiieren. Auch Gymnasiasten soll frühzeitig die Möglichkeit zur Berufsorientierung gegeben werden, um einerseits berufliche Fehlentscheidungen zu verhindern und andererseits die Attraktivität von qualifizierten Ausbildungsberufen zu steigern. Berufsentwicklungsmöglichkeiten sollen ebenfalls vermittelt werden.

### **Schulinvestitions-Programm umsetzen**

Die Marburger Schulen befinden sich grundsätzlich in einem soliden baulichen Zustand. Gleichwohl gibt es einen ständigen Sanierungs- und Modernisierungsbedarf. Deshalb muss das von der CDU Marburg geforderte und inzwischen vom Oberbürgermeister übernommene Schul-Investitionsprogramm zügig und verbindlich umgesetzt werden. Die Realisierung muss dabei in enger Zusammenarbeit mit den schulischen Gremien erfolgen. Die ausgearbeiteten Bedarfslisten der Schulen sollen fortlaufend ergänzt und priorisiert werden.

Es ist durchaus wünschenswert, dass Gebäudesanierungen bei entsprechend geprüfter Wirtschaftlichkeit mittels ÖPP-Projekten (Öffentlich-Private-Partnerschaft) realisiert werden.

Die Sachausstattung der Schulen muss verbessert und den Erfordernissen der beruflichen Wirklichkeit angepasst werden.

Es muss sichergestellt sein, dass sich auch die naturwissenschaftlichen Fachräume in einem modernen Zustand befinden. An allen Schulen soll ein vergleichbarer Standard hinsichtlich der räumlichen und sächlichen Ausstattung existieren, um eine möglichst hohe Handlungskompetenz der Schüler zu erreichen.

Der bauliche Brandschutz ist auch in den Schulgebäuden an den heutigen Standards orientiert zu ertüchtigen, die aufgrund des Bestandschutzes nicht zwingend nachzurüsten wären. Die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler sowie des Schulpersonals hat oberste Priorität.

### **Technische Ausstattung der Schulen verbessern**

Die Schule soll die Kinder auf das (Berufs-) Leben vorbereiten. Im Rahmen der immer weiter fortschreitenden Technisierung fällt auch die Vermittlung von multimedialen Kenntnissen und Fertigkeiten hierunter. Um dies gewährleisten zu können, wollen wir den Bestand an Laptop/ Tablet-Klassen kontinuierlich ausbauen, so dass bis 2022 jede Klasse hierüber verfügt. Die Grundschulen sind hierbei – je nach Erfordernis – bedarfsgerecht zu berücksichtigen.

Auch die weitere IT-Ausstattung muss dementsprechend sukzessiv verbessert und erneuert werden. Die diesbezüglich notwendige Fortbildung der Lehrkräfte muss vom Kultusministerium gefördert werden.

### **Ausreichende Sportflächen schaffen**

Wir setzen uns dafür ein, dass jede Schule über ausreichend Sportflächen (Hallenfläche) verfügt, die modernen Anforderungen entsprechen und den Schulsport nicht durch langwierige Anfahrtszeiten erheblich verkürzen.

Der Bau einer neuen 4-Felder-Halle soll realisiert werden.

### **Selbstständigkeit der Schulen ausbauen**

Wir unterstützen das von der hessischen Landesregierung initiierte Projekt der selbstständigen Schulen ausdrücklich, wonach die jeweiligen Schulen ein Schulbudget übertragen bekommen und so selbstständig über Anschaffungen entscheiden können. Die Marburger Schulen erhalten vom Schulträger Teilbudgets zugewiesen und können sie nach den jeweiligen Bedürfnissen ausgeben. Wir fordern, dass der Schulträger den Schulen weitere Budgetteile zur Selbstbewirtschaftung zur Verfügung stellt, um so die Selbstverantwortung der Schulen zu fördern und Schwerpunktbildungen im Schulprogramm zu ermöglichen.

### **Sprachkompetenz fördern**

Die Beherrschung der deutschen Sprache ist unabdingbare Voraussetzung für eine gelingende Integration. Ebenso wichtig ist sie auch für den Start in ein erfolgreiches Berufsleben. Sprachdefizite treten dabei nicht nur in Migrantenfamilien und bei Asylanten und Flüchtlingen auf. Deshalb wollen wir die Förderung der Sprachkompetenz weiter ausbauen und verbessern.

Die Mittel für Sprachförderung im Rahmen des Nachmittagsprogramms sollen erhöht werden.

### **Ganztagsangebot ausbauen**

Wir setzen uns für den Ausbau des Nachmittagsprogramms ein. Dabei sollen nicht nur die Hausaufgabenbetreuung ausgebaut und Förderangebote verbessert, sondern auch ein umfassendes und flexibles, auf die persönlichen Bedürfnisse der Eltern ausgerichtetes Betreuungsangebot geschaffen werden. Insgesamt muss der Schulträger hierfür zusätzliche Räume in ausreichender Zahl zur Verfügung stellen.

Im Rahmen der Schulentwicklung soll eine noch stärkere Kooperation mit Kirchengemeinden, freien Trägern sowie Musik- und Sportvereinen unterstützt werden.

Die Schulsozialarbeit soll durch qualifizierte Sozialarbeiter und Psychologen bedarfsorientiert ausgebaut werden.

Um die Akzeptanz der Mensen zu fördern, wollen wir einen Runden Tisch mit Schülern, Eltern, Lehrern, Caterern und Ernährungsexperten einrichten.

### **Schulhöfe bewegungsorientiert gestalten**

Die Schulhöfe sind für die Schülerinnen und Schülern ein Ort der Entspannung und Regeneration zwischen den Unterrichtseinheiten. Gerade im Hinblick auf das Ganztagsangebot ist dieser Ort besonders wichtig, um sich auch kurzzeitig bewegen zu können. Dazu müssen die Schulhöfe weiter bewegungsorientierter umgestaltet werden. Hierzu ist eine enge Absprache mit den Schulen notwendig. Die Erkenntnisse zur Verbesserung der Schülersgesundheit sind zu berücksichtigen.

### **Inklusion ermöglichen**

Wir setzen uns für eine kindgerechte Beschulung der Kinder mit Handicap ein und wollen dafür zusätzliche Mittel bereitstellen. Unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte gilt es, ein Konzept mit den Interessenvertretern und Eltern zu erarbeiten, um das Recht auf Bildung aller Kinder in angemessener Weise garantieren zu können. Dabei wollen wir, dass sich die Schülerinnen und Schüler mit Handicap auch weiterhin für den Besuch einer spezialisierten Schule entscheiden können.

Die Schulsozialarbeit wird durch die CDU Marburg nachhaltig unterstützt. Um die künftig wachsenden Aufgaben der Integration bewältigen zu können, wollen wir zusätzlich Stellen für Sozialarbeiter und Psychologen an den Marburger Schulen schaffen.

### **Berufliche Schulen stärken**

Die beruflichen Schulen sollen weiter ausgebaut werden, um den Ansprüchen der dualen Ausbildung auch weiterhin in vollem Umfang gerecht werden zu können. Auch die Vielfalt der Vollzeitschulformen mit den entsprechenden Schulabschlüssen wird von der CDU Marburg unterstützt. Sie ermöglicht den Schülerinnen und Schülern eine begabungsgerechte Orientierung und eine zusätzliche frühe berufliche Qualifizierung.

Die Verzahnung mit der Wirtschaft muss weiter ausgebaut und intensiviert werden. Die Ausstattung mit modernen Arbeitsmitteln und Fachräumen soll entsprechend gewährleistet werden.

### **3. Senioren und Menschen mit Behinderungen**

Der demographische Wandel unserer Gesellschaft sowie sich wandelnde Gewohnheiten und Ansprüche an das Alter im sozialen und institutionellen Bereich sind Veränderungen, auf die die Politik reagieren muss. Mittelfristig wird unsere Gesellschaft mit einer Zunahme von kranken, pflegebedürftigen und behinderten Seniorinnen und Senioren konfrontiert sein.

Die früheren sozialen Strukturen brechen immer mehr auf, so dass der Familie als Rückhalt im Alter nicht mehr die notwendige Bedeutung zugemessen werden kann. Die Pflegemöglichkeiten in diesem Umfeld stoßen an ihre Grenzen, da durch die höhere Lebenserwartung und die Dauer der Pflege vielfach die Familienangehörigen bereits selbst pflegebedürftig sein könnten.

Die Kommunen haben die Aufgabe, die Lebensbedingungen für alle Bürgerinnen und Bürger positiv zu gestalten. Verantwortliche kommunale Altenpolitik muss dafür Sorge tragen, dass Menschen im Alter in die Gesellschaft integriert bleiben.

In allen Phasen sind die in der Seniorenarbeit relevanten Akteure und weitere interessierte Bürger aktiv einzubeziehen, da nur so gewährleistet werden kann, dass die Politik nicht an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen vorbei plant und handelt.

Grundsätzlich muss berücksichtigt werden, dass ältere Menschen keine homogene Gruppe darstellen, sondern sich sehr unterschiedlich entwickeln.

Ein menschenwürdiges und lebenswertes Älterwerden hat für die CDU große Bedeutung. Dies gelingt insbesondere, wenn Menschen in den eigenen vier Wänden alt werden, ohne das Angebot einer stationären Pflege in Anspruch nehmen zu müssen.

Die Politik muss aber auch die Frage beantworten, welches Angebot sie den Menschen machen möchte, die auf die stationäre Pflege angewiesen sind. Entscheidend ist dabei eine hohe Qualität an Pflege und Betreuung. Die Lebensqualität im Alter darf nicht leiden. Die CDU Marburg möchte barrierefreie Wohnbedingungen als Grundelement freier Lebensplanung.

Ein Großteil der Marburger lebt in den Marburger Stadtteilen, die im Bereich seniorengerechtes Wohnen gleichermaßen berücksichtigt werden müssen. Wir unterstützen Wohnformen für Senioren, verteilt über die ganze Stadt Marburg. Die CDU Marburg möchte Seniorenbegegnungsstätten, in denen es nicht nur um Information und Beratung, sondern besonders um das Miteinander, um Freizeit, Kultur und Weiterbildung geht. Selbstverständlich gehören auch ausreichende Angebote für öffentliche und individuelle Mobilität im Verkehr zu einer ausgewogenen und zielgerichteten Seniorenpolitik.

Die CDU Marburg setzt sich weiterhin für den Erhalt der kommunalen städtischen Altenhilfe sowie den Erhalt von mindestens 80 stationären Pflegeplätzen am Standort Sudetenstraße ein.

### **Mehr ambulantes betreutes Wohnen**

Die Betreuung der älteren Menschen soll unter Wahrung einer größtmöglichen Selbständigkeit gewährleistet werden. Dafür müssen zusätzliche Wohnmöglichkeiten in der Innenstadt und Stadtteilen geschaffen werden, um überhaupt ein qualifiziertes, längstmögliches, seniorenrechtliches ambulantes betreutes Wohnen zu ermöglichen. Hier sehen wir die städtische GeWoBAU primär in der Pflicht.

### **Pflegewohngruppen in den Stadtteilen / Pflege im Quartier**

Die „Pflege im Quartier“ trägt dem Wunsch älterer Menschen in ihrer gewohnten Umgebung zu verbleiben Rechnung. Der Bedarf zur Einrichtung von Pflegewohngruppen und von speziellen Wohngruppen für Demenzkranke wird im Laufe der nächsten Jahre deutlich zunehmen. Dieser Herausforderung muss sich die Stadt Marburg gemeinsam mit der städtischen GeWoBau in Kooperation und Abstimmung mit privaten Betreibern stellen.

### **Wohnraum für behinderte und benachteiligte (junge) Menschen in Marburg**

Die Situation junger schwerpflegebedürftiger Menschen bedarf der besonderen Aufmerksamkeit der Politik. Individuelle Bedürfnisse aber auch andere Pflegeansätze wie bei älteren Menschen spielen hier eine wesentliche Rolle. Deshalb fordert die CDU Marburg für diese Menschen eine gesonderte stationäre Pflegeeinrichtung unter kommunaler Trägerschaft.

In Zusammenarbeit mit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft, anderen gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften und privaten Investoren ist zu klären, wie der bestehende Bedarf an Sozialwohnungen für Pflegebedürftige besser befriedigt werden kann.

Wir möchten allen Menschen eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, dabei spielt die Barrierefreiheit in der Gesellschaft auf allen Ebenen eine entscheidende Rolle.

### **Menschen mit Behinderung**

Die CDU Marburg möchte die Teilhabe und Teilnahme von Menschen mit Behinderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen verbessern. Insbesondere das Thema Barrierefreiheit darf dabei schon allein aus Gründen der besonderen topographischen Gegebenheiten, zum Beispiel in der Oberstadt, nicht aus den Augen verloren werden.

Städtische Einrichtungen und alle Stellen der Verwaltung sollen den Bedürfnissen behinderter Menschen, so gut es möglich ist, gerecht werden. Dazu gehört zum Beispiel auch die Kompetenz im Umgang mit hörbehinderten Menschen.

### **Leichte Sprache**

Die Bereitstellung von Informationen und behördlichen Schreiben in leichter Sprache ermöglicht nicht nur den Menschen eine Teilhabe die aufgrund einer Behinderung ein erschwertes Sprachverständnis haben, sondern auch Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die die deutsche Sprache noch erlernen. Die CDU Marburg fordert ein Konzept zur Umsetzung der leichten Sprache in der städtischen Verwaltung und aller städtischer Betriebe.

## **4. Ehrenamt und Vereine**

Das Ehrenamt ist für die CDU von großer Bedeutung. Das gesellschaftliche Leben in unserer Stadt

ist zu einem großen Teil nur durch das ehrenamtliche Engagement möglich. Viele soziale, kulturelle und sportliche Einrichtungen wären ohne freiwilliges Engagement der Bürger nicht denkbar.

Sportvereine nehmen wichtige Funktionen in den Bereichen der Integration, Inklusion, Gesundheits- und Gewaltprävention sowie der Freizeitgestaltung wahr. Die CDU setzt sich dafür ein, dass die allgemeine Sportförderung deutlich erhöht und die Kooperation von Schulen und Sportvereinen intensiviert wird.

Institutionen wie die DLRG, das Technische Hilfswerk, das Deutsche Rote Kreuz, die Freiwilligen Feuerwehren, die Johanniter, die Malteser und viele andere Organisationen dienen der Sicherheit unserer Bevölkerung. Die CDU wird diese Organisationen auch in Zukunft bestmöglich unterstützen.

Das Ehrenamt in allen Bereichen unserer Gesellschaft erfordert höchste Anerkennung und Respekt seitens der Politik, aber auch die aktive Unterstützung seitens der Stadt.

## **5. Sport**

Marburg ist eine Sportstadt. Der Sport ist ein elementarer Bestandteil der Marburger Gesellschaft. Die zahlreichen Sportvereine erfüllen eine Reihe von wichtigen Funktionen für unsere Stadt. Sie dienen neben der körperlichen Bewegung vor allem der Gesundheitsprävention, der Integration und der Gewaltprävention.

Im Mittelpunkt der sportpolitischen Bemühungen der CDU stehen deshalb die Stärkung der Vereine, ihrer Leistungsfähigkeit, ihrer ehrenamtlichen Führung sowie die Gestaltung positiver Rahmenbedingungen.

Dazu gehören für uns weiterhin die Schaffung eines 50-Meter-Schwimmbeckens sowie die Ausweitung der Öffnungszeiten im Hallenbad Wehrda.

Wir setzen uns für eine überdurchschnittliche Sportförderung ein. Unser Ziel ist es, dass Vereine mit städtischer Unterstützung ihre Arbeit weiter erfolgreich leisten können.

Hinsichtlich neu zu schaffender Sportanlagen werden wir nach einer umfassenden Bedarfsanalyse im Einvernehmen mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern sowie den Marburger Sportvereinen Finanzmittel zur Schaffung neuer Sportanlagen bereitstellen.

Dabei unterstützen wir beide Säulen des Sports, den Breiten- und den Leistungssport.

## **6. Integration**

An der erfolgreichen Integration von Zuwanderern wird sich unsere Gesellschaft gerade im Hinblick auf die aktuelle Lage messen lassen müssen.

Die Integration von Zuwanderern ist für das friedliche Zusammenleben aller Menschen unverzichtbar.

Gegenseitiger Respekt, die Gleichberechtigung von Frau und Mann, aber auch der Wille zur Integration unter Anerkennung der Grundwerte und Freiheit unserer Gesellschaft sind Grundvoraussetzung für ein Leben in unserem Land. Integration bedeutet zugleich ein klares Bekenntnis zum Grundgesetz, die Akzeptanz der in unserem Land geltenden Grundwerte, seiner Geschichte und Kultur.

Diese Werte und Regeln gelten für alle und uneingeschränkt - egal wie lange jemand bereits in unserem Land lebt. Das Verständnis dafür ist von jedem Einzelnen zu fordern und durch die Stadt Marburg mit geeigneten Maßnahmen nachhaltig zu fördern.

Die unbedingte Bereitschaft zum Erlernen der deutschen Sprache ist für eine erfolgreiche Integration zwingend erforderlich. Die notwendigen finanziellen Mittel für Sprachkurse und Unterrichtsmaterial müssen von Bund und Land zur Verfügung gestellt werden.

In Marburg leben Menschen aus mehr als 140 Nationen überwiegend friedlich zusammen. Der Kontakt mit anderen Kulturen ist eine Bereicherung für unsere Stadt. Es dürfen in unseren Kommunen jedoch keine Parallelgesellschaften entstehen.

Dem Ausländerbeirat der Universitätsstadt Marburg kommt bei der Bewältigung der wachsenden Aufgaben eine immer größere Bedeutung zu. Dessen Arbeit verdient die uneingeschränkte Unterstützung aller Verantwortlichen im politischen Raum.

Im Stadtteil Cappel wurde eine Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge eingerichtet. Dafür mussten Freizeitflächen, die von der Marburger Bevölkerung rege genutzt wurden, weichen. Wir werden als Ausgleich für diese verloren gegangenen Flächen öffentlich zugängliche (!) Bolz- und Basketballplätze in Cappel schaffen.

Wir nehmen die Belange der von der Flüchtlingsunterkunft betroffenen Anwohner ernst.

Eine weitere Vergrößerung bzw. Erweiterung der Erstaufnahmeeinrichtung an der Umgehungsstraße lehnen wir ab.

## **7. Philipps-Universität-Marburg**

Die Universität ist in unserer Region die wichtigste Bildungseinrichtung und einer der größten Arbeitgeber. Sie ist die älteste Universität in Hessen und international anerkannt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Universität auch in Zukunft ihre überragende Stellung behält.

Die Universität hat seit jeher Spitzenleistungen in Forschung und Lehre erbracht. Bedeutende Köpfe haben in Marburg studiert und gelehrt. Ein ausgezeichneter Ruf hat die Universität international stark gemacht.

Darüber hinaus hat die Universität in den letzten Jahrzehnten weiter an Profil, gerade in den naturwissenschaftlichen Disziplinen, gewonnen. Der Fachbereich Chemie zählt zu den besten in Deutschland, das noch junge LOEWE-Zentrum für synthetische Mikrobiologie auf den Lahnbergen bündelt breit gefächerte Forschungserfahrung. Wir bekennen uns zu diesem Profil der Universität, in dem gleichermaßen Raum für geisteswissenschaftliche wie für naturwissenschaftliche Disziplinen ist.

In diesem Zusammenhang ist auch das Bauprogramm HEUREKA der CDU-geführten Hessischen Landesregierung zu erwähnen. Dadurch erhielt und erhält die Philipps-Universität weiterhin massive finanzielle Mittel für bauliche Maßnahmen. Der Ausbau des Uni-Campus Firmani und der Lahnberge wird weiter von uns unterstützt. Dies alles mit dem nötigen Augenmaß, bedarfsgerecht, aber nicht durch kommunalpolitische Ideologie getrieben.

Für die Wirtschaft, für Existenzgründungen, für das kulturelle Leben sowie für das Erscheinungsbild unserer Region ist die Universität von größter Bedeutung. Als Arbeitgeber ist sie entscheidender Wirtschaftsfaktor. Noch stärker als bisher muss es uns durch die Zusammenarbeit von Universität



und Wirtschaft gelingen, Absolventen eine berufliche Perspektive in unserer Stadt zu eröffnen. Unternehmen können vor Ort hoch qualifizierte Arbeitskräfte gewinnen. Hierbei ist ein intensiverer Dialog zwischen Stadt und Universität erforderlich.

Der Wettbewerb der Universitäten bedeutet den Wettbewerb um die besten Köpfe, sowohl um die besten Lehrenden als auch um die besten Studenten. Mehr denn je werden in diesem Wettbewerb neben der Qualität der Bildungsstätte auch die Rahmenbedingungen eines Bildungsstandortes entscheidende Faktoren.

## **8. Kunst und Kultur**

Kunst- und Kulturförderung findet hauptsächlich in den Kommunen statt. Die Förderung von Kunst- und Kultureinrichtungen ist für die Entstehung eines kulturellen Stadtleitbildes grundlegend.

In Marburg gibt es ein vielfältiges Spektrum von kulturellen Angeboten und kreativen Aktivitäten. Kultur und die wesentlichen Werte in der Gesellschaft sind Zeichen unserer Identität und müssen unbedingt erhalten und gefördert werden. Kulturförderung darf sich allerdings nicht auf die Bedienung von Partikularinteressen beschränken, sondern sie muss einer breiten Bevölkerungsschicht dienen.

Neben einem breitgefächerten Musikangebot, Theater, bildender Kunst, gut ausgestatteten Museen, verschiedenste Formen der geistigen Auseinandersetzung gehören die unterschiedlichen Religionen als Kulturträger dazu.

Der CDU Marburg ist bewusst, dass nicht nur die großen Kulturevents gefördert und erhalten werden sollten. Daher ist es uns ein besonders Anliegen, gerade die kleineren ehrenamtlichen Gemeinschaften wie zum Beispiel Chöre, Musik- und Theatergruppen, die bisher wenig bis gar keine Förderung durch die Stadt erfahren haben, zu unterstützen. Diese ehrenamtliche Arbeit, die in hohem Maße gemeinschaftsbildend ist, wollen wir ideell und finanziell unterstützt wissen.

Darüber hinaus ist es der CDU ein Anliegen, die hervorragenden Sammlungen der Universität gepaart mit Marburger Stadtgeschichte in einem Stadtmuseum der Allgemeinheit zugänglich zu machen.

Die CDU unterstützt weiterhin das Marburger Haus der Romantik e.V., dem nicht nur eine besondere touristische Bedeutung zukommt, sondern das auch einen wertvollen Beitrag zur historischen Dokumentation des frühen Wirkens der großen Romantiker in Marburg, wie zum Beispiel der Brüder Grimm und Bettina von Arnim, leistet.

## **9. Wirtschaft und Finanzen**

### **Wirtschaft und Arbeit**

Marburgs Bedeutung als Dienstleistungs-,Pharma- und Medizinstandort nimmt Jahr für Jahr zu. Hierin stecken große Chancen, in Marburg neue Arbeitsplätze zu errichten und den Wirtschaftsstandort Marburg zu stärken. Die Wirtschaftsstärke unserer Stadt verdanken wir dabei vor allem der Kraft der Unternehmen, des Mittelstandes und des Handwerks.

Der Arbeitsmarkt der Universitätsstadt Marburg ist vor allem durch die Universität, die Behring-Nachfolgefirmer und von Verwaltungseinrichtungen geprägt. Dies trägt zu einem ebenso stabilen wie aber auch starren Arbeitsmarktaufbau bei. Vorteile davon sind insbesondere stabile und

konjunkturunabhängige Einkommen der Arbeitnehmer. Andererseits führt die Struktur des Marburger Arbeitsmarktes dazu, dass die Marburger Wirtschaftspolitik die Bedürfnisse der großen Unternehmen in besonderer Weise zu berücksichtigen hat.

Die in Marburg ansässigen Großunternehmen sind mit Blick auf die Weiterentwicklung ihrer Standorte auf klare Perspektiven hinsichtlich der kommunalen Bodenbevorratungspolitik angewiesen. Die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Marburg ist maßgeblich davon abhängig, ob Erweiterungsflächen für die Pharmastandorte Marbach und Görzhäuser Hof bereitgestellt werden können und ob ausreichend Flächen für Neuansiedlungen zur Verfügung stehen. Die CDU Marburg fordert die Aufstellung einer verbindlichen Planung, um die langfristigen Investitionsbestrebungen der ansässigen Unternehmen zu unterstützen.

Die Gewerbesteuerlast in Marburg trifft alle Unternehmer/innen und Unternehmen gleichermaßen. Sie alle tragen mit ihren Gewerbesteuerzahlungen dazu bei, dass sich die Einnahmesituation der Universitätsstadt Marburg sehr positiv entwickelt hat. Umso wichtiger ist es, dass sich die Stadt Marburg mit ihrer Gewerbesteuerpolitik als zuverlässiger Partner der heimischen Wirtschaft zeigt. Eine weitere Gewerbesteuererhöhung ist bei der derzeitigen Finanzsituation der Stadt Marburg entschieden abzulehnen.

### **Einzelhandel**

Grundvoraussetzung für ein pulsierendes Marburg ist ein funktionierender Einzelhandel, für den die entsprechenden Rahmenbedingungen durch eine verantwortliche Wirtschafts- und Ordnungspolitik geschaffen werden müssen.

Herausragende Bedeutung im Sinne der Stärkung des Marburger Handels kommt einem funktionierenden Stadtmarketing zu. Dieses erfordert, dass alle Akteure - Stadt, Immobilienbesitzer, Kaufleute und Werbegemeinschaften - mehr als bisher Kooperationen eingehen und funktionierende Netzwerke schaffen bzw. weiter ausbauen, um die Innenstadt gemeinsam zu gestalten und zu vermarkten.

Gesamtziel der Einzelhandelsförderung in Marburg muss sowohl die Förderung des klein- als auch des großflächigen Handels sein. Die Wirtschaftsförderung in Marburg muss sich darauf konzentrieren, die Rahmenbedingungen in Marburg insgesamt für alle Handelssparten zu verbessern.

Die Förderung bzw. Bevorzugung einzelner städtischer Quartiere als Handelszentren ist insbesondere in Marburg aufgrund der besonderen topographischen Besonderheiten zu vermeiden, da dies gleichzeitig einhergeht mit einer Handelpolarisierung, der den übrigen Handel vom Publikumsverkehr so gut wie abschneidet.

Vielmehr ist bei einer Neustrukturierung der Rahmenbedingungen darauf zu achten, dass bisher vernachlässigte Stadtbereiche wie die Nordstadt, die laut Einzelhandelsstudie als Einzelhandelsstandort bisher von sehr geringer Bedeutung sind, in eine Gesamtkonzeption einbezogen werden, um nicht nur einige wenige zentrale Punkte zu stärken, sondern die Gesamtattraktivität des Marburger Handels zu steigern. Gerade mit der Entwicklung des künftigen Campus Firmani und der neuen Wohnbebauung in der Neuen Kasseler Straße wird dem Handelsstandort „Nordviertel“ eine wachsende Bedeutung zukommen.

Es muss das Ziel sein, ein attraktives Einkaufserlebnis mit hoher Aufenthaltsqualität in Marburg durch eine werbewirksame Strategie zu schaffen. Dadurch wird es gelingen, Publikum auf Grund des Einkaufserlebnisses, aber auch aufgrund der touristischen Attraktivität aus dem weiteren

Umkreis zu generieren.

Der innerstädtische, meist inhabergeführte und kleinteilige Einzelhandel gewährleistet die Nahversorgung für die Menschen, die in dieser Stadt leben. Er ergänzt sich in hervorragender Weise mit den großen Einkaufszentren im Norden und im Süden der Stadt. Ihn zu erhalten und weiter zu entwickeln, indem die infrastrukturellen Probleme wie Busanbindung und Erreichbarkeit gelöst werden, ist eine wichtige stadtentwicklungspolitische Aufgabe.

### **Tourismus**

Marburg besitzt einen hohen touristischen Stellenwert, der in Zukunft weiter ausgebaut werden sollte. Die CDU unterstützt in diesem Zusammenhang Projekte zur Förderung des Tourismus.

Als konkreten Vorschlag setzt sich die CDU für die Einrichtung von weiteren Touristenpfaden nach dem Vorbild unserer Partnerstadt Poitiers zu den Sehenswürdigkeiten ein.

Das gesamte Schlossareal ist in Zusammenarbeit mit dem Land Hessen touristisch besser zu erschließen. Hierzu bedarf es einer Konzeption, die der besonderen historischen Bedeutung Marburgs als Sitz der Landgrafen von Hessen gerecht wird und eine moderne touristische Infrastruktur planerisch berücksichtigt.

Die Bettenkapazität wird der steigenden Nachfrage der nächsten Jahre angepasst werden müssen.

### **Finanzen und Steuern**

Aufgrund der sehr guten Leistungen der in Marburg ansässigen Betriebe und der dort beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat sich die Einnahmesituation unserer Stadt in den vergangenen Jahren hervorragend entwickelt. Insbesondere die Gewerbesteuererinnahmen unterliegen jedoch Schwankungen. Zu einer soliden Finanzpolitik gehört es daher, nicht mit zu hohen Steuererwartungen zu planen.

Die CDU setzt sich deshalb auch weiterhin für eine konservative Finanzpolitik ein. Große Investitionen müssen nachhaltig dem Wohle und Fortschritt der Stadt dienen. Investitionsprojekte wie die Sanierung der Stadthalle, insbesondere unter der Berücksichtigung der angefallenen Kostensteigerungen, müssen immer auch auf die Darstellbarkeit in einem doppischen Haushalt überprüft werden.

Schuldzinsen und Abschreibungen belasten die zukünftigen Haushalte für Jahrzehnte. Insbesondere den Bau der verkehrspolitisch unsinnigen und unwirtschaftlichen Seilbahn lehnt die CDU-Marburg vor diesem Hintergrund entschieden ab.

Die CDU setzt sich entschieden dafür ein, dass die Stadt Marburg einen ausgeglichenen Haushalt vorlegt und die Schulden weiter abbaut. Nur ausgeglichene Haushalte stellen die politische Handlungsfähigkeit unserer Stadt auch zukünftig sicher. Im Rahmen des kommunalen Finanzausgleiches zeigt sich Marburg mit den anderen hessischen Städten und Gemeinden solidarisch. Gegenüber der hessischen Landesregierung setzt sich die CDU-Marburg nachdrücklich für eine ausreichende Finanzierung der den Kommunen übertragenen Aufgaben ein.

Die Einnahmesituation der vergangenen Jahre macht eine Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuer unnötig. Steuererhöhungen sind den Bürgerinnen und Bürgern vor diesem Hintergrund auch nicht vermittelbar. Im Rahmen der Haushaltsplanungen für die kommenden Jahre müssen erst alle Einsparpotentiale ausgelotet werden, bevor kommunale Steuern erhöht werden.

## **Bürgerfreundliche Verwaltung** und digitaler Wandel

Die Entwicklung einer Digitalisierungsstrategie für die gesamte städtische Verwaltung ist kurzfristig zu initiieren.

Die Digitalisierungsstrategie sollte unter anderem den Aufbau eines elektronischen Stadtbüros zum Ziel haben, um Verwaltungsvorgänge günstiger und serviceorientierter anbieten zu können. Die Stadtverwaltung ist mit Blick auf das sog. „e-Government“ unter der Maßgabe „effizient – sicher – vernetzt“ zu modernisieren.

## **10. Sicherheit und Ordnung**

### **Sicherheit, Sauberkeit und Ruhe**

Marburg soll eine sichere und saubere Stadt sein. Das gemeinsame Engagement gegen jede Form des Extremismus, der Gewalt und Sachbeschädigungen muss Teil der Identität unserer Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger sein.

Die CDU fordert, dass die Verwahrlosung öffentlicher Flächen und die Vernachlässigung des Stadtbildes der Vergangenheit angehören. Gleiches gilt für die Lärmprobleme in der Oberstadt und Schmierereien durch die zahllosen Graffitis. Wir werden mit den betroffenen Anwohnern an Lösungen arbeiten und sie nicht nur beschwichtigen.

Die CDU steht für mehr Sicherheit, Sauberkeit und Zivilcourage. Das heißt konkret:

Marburg schätzt sich glücklich, dass diese Stadt dank der Universität von vielen jungen Menschen bereichert wird. Wo viele junge Menschen sind, herrscht Leben und manchmal auch ein wenig Überschwang. Die berechtigten Interessen der Anwohner besonders gut frequentierter Lokale und ihrer Gäste erfordert eine sensible Abstimmung auf- und miteinander.

Dort, wo Appelle zur gegenseitigen Rücksichtnahme ohne Erfolg bleiben, ist die Stadt gefordert, konkrete Lösungen zu erarbeiten. Marburg soll insbesondere in dieser Hinsicht wieder ein Stück „liebens- und lebenswerter“ werden.

Beseitigung von Angsträumen durch bessere Ausleuchtung oder bauliche Öffnung „dunkler Ecken“ und eine höhere Präsenz der Ordnungspolizei auch in den Abend- und Nachtstunden können ein positiver Beitrag zum subjektiven Sicherheitsempfinden der Bewohnerinnen und Bewohner der Innenstadt und der Gäste sein.

Dazu gehört auch der Einsatz von Videoüberwachung an Standorten mit erhöhtem Gefährdungspotential.

Die Pflege des Stadtbildes erfordert mehr Sauberkeit auf öffentlichen Flächen. Dies gilt nicht nur in der Innenstadt, sondern auch auf den Grünflächen, zum Beispiel entlang der Lahn. In diesem Zusammenhang ist auch die zeitnahe Entfernung von Graffiti notwendig.

Jede Form von Extremismus und Gewalt wird von uns abgelehnt und erfordert konsequentes Gegenhandeln.

### **Brandschutz**

Die Freiwilligen Feuerwehren der Universitätsstadt Marburg sind gut ausgebildet - sie sind Garant für eine qualitativ wie quantitativ hochwertige nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr in Marburg. Sie stellen regelmäßig unter Beweis, dass sie qualifiziert und engagiert ihren vielfältigen Aufgaben wirkungsvoll und effektiv nachkommen.

Über 500 Aktive Feuerwehrfrauen und -männer stellen sich in Marburg und den Stadtteilen ehrenamtlich den vielfältigen Aufgaben der Feuerwehr. Dies ist ein seltener Glücksfall gerade in Zeiten bundesweit sinkender Mitgliederzahlen in den Freiwilligen Feuerwehren. Die gegenwärtige Struktur einer werktäglichen hauptamtlichen Wachbesetzung und der ehrenamtlichen täglichen Einsatzbereitschaft rund um die Uhr vermeidet horrenden Kosten zur Einrichtung und Unterhaltung einer Berufsfeuerwehr. Der Erhalt dieser Struktur erfordert eine optimale Ausstattung und eine bauliche Weiterentwicklung.

Mit der Aufstellung der Bedarfs- und Entwicklungsplanung in diesem Jahr muss allen Verantwortlichen klar sein, dass dem bestehenden Investitionsstau im Bereich der Ausrüstung sowie der Feuerwehrgerätehäuser massiv entgegen getreten werden muss.

Der Gesprächsbedarf zwischen Feuerwehr und Politik ist fortwährend und sollte von beidseitigem Interesse sein. Deshalb möchte die CDU den Dialog in Form einer Brandschutzkommission fördern.

Die CDU bekennt sich klar zur bewährten Struktur der Freiwilligen Feuerwehr Marburg mit haupt- und ehrenamtlichen Kräften.

Die CDU wird sich auch in Zukunft für die Bereitstellung umfassender Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit und Mitgliedergewinnung in der Freiwilligen Feuerwehr einsetzen.

## **11. Umwelt, Verkehr und Energie**

### **Verkehr und Mobilität**

Eine gute Verkehrsanbindung und Organisation der Verkehrsströme ist die zentrale Voraussetzung für eine Weiterentwicklung des Oberzentrums Marburg. Aufgrund der zentralen Lage Marburgs in Deutschland ist eine gute Verkehrsanbindung aber auch Voraussetzung für die Ansiedlung von Unternehmen.

Darüber hinaus ist sie auch Voraussetzung für gute Lebensbedingungen von Familien und jungen Menschen, für die Mobilität eine immer größere Rolle spielt.

Die Verkehrsinfrastruktur ist ein wichtiger Punkt der Verkehrsgestaltung. Die bauliche Verkehrsinfrastruktur ist in Marburg an zahllosen Stellen in einem desolaten Zustand. Beispielhaft seien die Marburger Straße in Cappel und die Frankfurter Straße genannt. Die Nutzung zahlreicher Fußwege ist für Menschen mit Geh- und Sehbehinderungen, für Seniorinnen und Senioren sowie für Familien mit Kinderwagen zum Teil unzumutbar. Die Marburger CDU fordert ein Sofort-Investitionsprogramm, um dem Erneuerungs- und Reparaturstau angemessen zu begegnen.

### **Innenstadt und Parken – Ersatz gestrichener Parkplätze in der Innenstadt**

Das Ziel ist klar: es gilt, Verkehrsströme effizient zu lenken und gleichzeitig die Belastung der Anwohner soweit wie möglich zu reduzieren. Auch eine sinnvolle Ausweitung von Tempo-30-Zonen in Wohngebieten kann zu Lärmreduzierungen und zur Erhöhung der Sicherheit von Anwohnern beitragen.

Wir setzen uns dafür ein, dass auf der „Stadtautobahn“ B3 durch weitere Lärmreduzierungsmaßnahmen die Lebens- und Wohnqualität im direkten und indirekten Umfeld weiter steigt. Dazu möchte die CDU ergebnisoffen alle Möglichkeiten diskutieren. Die Vision einer Einhausung der B3 verfolgen wir weiterhin.

Ein immer größer werdendes Problem ist das Fehlen von ausreichendem Parkraum in der Marburger Innenstadt, insbesondere für Menschen mit eingeschränkter Mobilität. Die von der Rot-Grünen Stadtkoalition seit Jahren vernichteten Parkplätze müssen ersetzt werden und es muss eine ehrliche Bestandsaufnahme in Form einer Gesamtverkehrsstudie erstellt werden, um eine umweltschonende, bewohnerverträgliche und effiziente Verkehrslenkung für Marburg zu schaffen.

Daher fordert die CDU die unverzügliche Schaffung von Ersatzparkflächen für die Vielzahl der von Rot-Grün bereits abgeschafften Stellflächen für PKW in der Marburger Innenstadt und ein zukunftsweisendes Parkplatzkonzept und Parkleitsystem, das der Innenstadtentwicklung nicht entgegensteht. Weiterhin ist der Parkplatz am alten Gaswerk so zu ertüchtigen, dass die großen Schlamm- und Regenpfützen verschwinden und Stolperfallen beseitigt werden.

Eine schleichende Sektorisierung der Innenstadt durch die Hintertür lehnen wir entschieden ab. Wir respektieren das Ergebnis des Bürgerentscheids vom 25.06.1995 und verteidigen dieses Ergebnis gegen die fortwährenden Versuche der Grünen und der Marburger Linke, es auszuhöhlen. Eine Neuorganisation des Verkehrs in Marburg lehnen wir nicht per se ab, sondern fordern die ergebnisoffene Erstellung einer Gesamtverkehrsstudie.

### **Erreichbarkeit verbessern**

Die Erreichbarkeit der Marburger Innenstadt muss verbessert werden. Als umsatzstärkste Kundengruppe ist der PKW-Kunde für den innerstädtischen Einzelhandel unverzichtbar. Quasi-Sperrungen der Innenstädte treffen den Lebensnerv des Handels und damit auch den Lebensnerv der Innenstädte.

Überzogene Parkgebühren schrecken die Kunden ab. Eine moderate Gebührenstruktur, die als flexibles Instrument zur räumlichen und zeitlichen Beeinflussung der Nachfrage eingesetzt werden kann, stärkt die Attraktivität der innerstädtischen Zentren.

Neben den verbesserten Bedingungen für den Individualverkehr ist ein leistungsfähiger öffentlicher Nahverkehr wichtig für unsere Stadt. Ein gut ausgebautes Radwegenetz, gegebenenfalls mit Radverkehrsachsen, ist dabei unverzichtbar.

Hierzu gehört ein Radschnellweg aus der Innenstadt auf die Lahnberge, welcher durch Verbindungen für Radfahrer kommend aus Norden und Süden mit dem Ziel Lahnberge ergänzt werden kann. Auch die westlichen Stadtteile müssen durch ein gemeinsames Radwegenetz an die Innenstadt angebunden werden. Rad- und motorisierter Verkehr sollten durch getrennte Streckenführungen entzerrt werden.

Hinzu kommen notwendige Entlastungen für den Lieferverkehr. Ein frühzeitiger Dialog zwischen der Stadt und den betroffenen Gewerbetreibenden über Lieferzeitfenster ist dringend erforderlich, um den Erfordernissen des Handels, der Gastronomie und der Transportunternehmen Rechnung zu tragen. Zur Erreichbarkeit gehört auch intelligentes Baustellenmanagement.

Die Stadt muss sich für die gezielte Verbesserung der Erreichbarkeit der Innenstadt unter angemessener Berücksichtigung aller Verkehrsträger einsetzen.

### **Öffentlicher Personennahverkehr**

Der Öffentliche Personennahverkehr ist für uns ein wesentlicher Bestandteil der Mobilität und des Umweltschutzes vor Ort. Wir wollen daher den öffentlichen Nahverkehr bedarfsgerecht ausgestalten und dabei auch die Stadtteile angemessen berücksichtigen. So ist es unser Ziel, die Streckenführungen zu optimieren und die Fahrzeiten an den tatsächlichen Bedarf anzupassen.

Die CDU hat sich in den letzten Jahren intensiv dafür eingesetzt, dass der ÖPNV verbessert wird. Die Ausdünnung des Busangebotes in den Sommerferien gehört der Geschichte an.

Die CDU hat dafür gesorgt, dass die Außenstadtteile wochentags weiterhin stündlich mit Linienbussen angefahren werden, nachdem außerhalb der Spitzenzeiten nur noch alle zwei Stunden eine Bedienung vorgesehen war. Ferner fahren nun auch am Samstagnachmittag auf Initiative der CDU Busse in die Außenstadtteile.

Aber es gibt auch noch einiges zu verbessern und wir werden uns in der laufenden Periode beim Thema ÖPNV nicht ausruhen. Wir wollen ein attraktives Bus- und Zugangebot für Marburg aufrechterhalten und verbessern.

Die CDU will in den nächsten fünf Jahren insbesondere folgende Punkte umsetzen:

- Aufrechterhaltung des mindestens stündlichen Busangebotes an Wochentagen für alle Stadtteile
- Busverkehr auch nachts nach 0.30 Uhr, soweit – wie z.B. am Wochenende – hierfür ein ausreichender Bedarf besteht
- Prüfung sinnvoller Alternativen für den Anruf-Sammel-Taxi-Verkehr
- Angebot für die Außenstadtteile auch am Sonntag-Vormittag
- Kenntlichmachung von Umsteigemöglichkeiten
- Beleuchtung der Aushangfahrpläne
- Verbesserung der Taktung in der Innenstadt

### **Keine Notwendigkeit für den Bau einer Seilbahn**

Den Bau einer Seilbahn zwischen dem Lahntal und den Lahnbergen lehnen wir entschieden ab. Eine Seilbahn ist ein nicht finanzierbares ideologisches Abenteuer auf Kosten der Bewohner Marburgs und insbesondere des Ortenbergs. Sie hängt gefährlich über Autobahn und Bahntrasse, belastet die Menschen in ihrer privaten Rückzugssphäre und bindet die finanziellen Mittel der Stadt für Jahrzehnte mit Bau- und Folgekosten. Die notwendigen Parkplätze im Tal fehlen. Mindestens dreimaliges Umsteigen von Bus - Seilbahn - Bus ist umständlich, teuer und deshalb für die Bevölkerung unattraktiv. Ihre Türme, Kabel und Gondeln würden unästhetisch das historische Marburger Stadtbild dominieren, den Schülerpark beseitigen und die nächste Bausünde in Marburg schaffen.

Stattdessen wollen wir den Busverkehr auf die Lahnberge in eine Verbindung mit flexibler Taktung, Schnell- und Großraumbussen ausweiten.

Die alternativen Möglichkeiten zum Einsatz von Elektrobussen oder einer Straßenbahnverbindung sollten in Machbarkeitsstudien einbezogen werden.

### **Bahnhof – Zugverkehr**

Ein ICE-Halt am Marburger Hauptbahnhof sowie ein modernisierter und barrierefreier Umbau des Südbahnhofs sowie des Vorplatzes sind anzustreben.

Auf Initiative der CDU wurden die Zugsverbindungen deutlich verbessert, sodass wieder stündlich schnelle Verbindungen nach Kassel und Frankfurt bestehen. Der Erhalt dieser Verbindungen ist für die Universitätsstadt Marburg von großer Bedeutung. Hierfür werden wir uns weiterhin einsetzen.

### **Umwelt und Energie**

Die CDU Marburg setzt sich für den Erhalt unserer Schöpfung durch eine nachhaltige Umweltpolitik ein. Ein sorgfältiger und effizienter Umgang mit den natürlichen Ressourcen ist dafür eine wichtige Voraussetzung, die Energiepolitik ein wichtiger Baustein.

Eine jederzeit verfügbare, bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung durch einen sinnvollen Energiemix ist notwendig.

### **Erneuerbare Energien vernünftig ausbauen**

Die CDU setzt sich für einen vernünftigen, verantwortungsvollen und nachhaltigen Ausbau der erneuerbaren Energien ein. Unter Nachhaltigkeit verstehen wir jedoch nicht das sture ideologiegetriebene Festhalten an einmal eingeschlagenen Wegen, sondern deren sinnvolle Weiterentwicklung und Ergänzung, beispielsweise nach der Gewinnung von neuen Erkenntnissen.

So ist heute wissenschaftlich unbestritten, dass Photovoltaik und Biokraftstoffe die höchsten Vermeidungskosten pro Tonne CO<sub>2</sub> auslösen. Dennoch erhielten und erhalten noch heute diese Verfahren die höchsten Einspeisevergütungen, woraus sich deren Boom erklärt.

Die gegenwärtige Subventionspolitik und die starke Einflussnahme der Lobbyisten auf die politische und öffentliche Meinungsbildung führen zu einer ausgeprägten Fokussierung auf die Themen Windkraft, Biomasse und Photovoltaik. Die Entwicklung bzw. Weiterentwicklung anderer Technologien zur Gewinnung erneuerbarer Energien wird hierdurch massiv behindert.

Die CDU fordert im Sinne einer umfassenden und ideologiefreien Umweltpolitik:

Ja zu einer sinnvollen Nutzung von Windenergie - Nein zu einem Windpark

Die CDU Marburg bejaht eine Windenergienutzung, aber nur dort, wo eine sinnvolle ökonomische und ökologische Nutzung möglich ist, und nur dort, wo sie im Einklang mit der Natur und den Menschen steht.

Bisher war die Nutzung der Windenergie in „windreichen“ Gebieten, wie z.B. Marburg-Wehrda, vorgesehen und wurde auch bereits betrieben. Die Ergebnisse der drei in Marburg existierenden Windräder sprechen eine deutliche Sprache. Sie rentieren sich nicht. Die durchschnittliche Leistungsfähigkeit liegt weit hinter dem angestrebten Ziel.

In Marburg sprechen landschaftliche und gesundheitliche Gesichtspunkte, wie z.B. Schattenwurf, Wind-Turbinen-Syndrom, Lichtreflexe und Infraschall, gegen die Errichtung eines Windparks in Marburg.

Im Sinne des Umweltschutzes und vor allem mit Rücksicht auf das vorhandene Rotmilanvorkommen auf dem „Lichter Küppel“ ist dort auf die Errichtung eines Windparks dauerhaft zu verzichten. Das Repowering bereits bestehender Windenergieanlagen (Wehrda) erfordert einen Mindestabstand zur Wohnbebauung von 1.000 Metern.

Daher setzen wir neben den Maßnahmen zur Einsparung von Energie vor allem auf Erdgas-GuD-Kraftwerke, Photovoltaik für den Eigenverbrauch, Solarthermie, Kraft-Wärme-Kopplung, die Weiterentwicklung des Power-to-Gas-Verfahrens sowie den behutsamen und verantwortungsvollen Ausbau von Windkraftanlagen im Landkreis Marburg-Biedenkopf an geeigneten Standorten.

### **Bündelung und Stärkung von Forschungseinrichtungen**

Wir werden uns dafür einzusetzen, dass gemeinsam mit der Philipps-Universität und dem Hessischen Wissenschaftsministerium ein Maßnahmenplan mit dem Ziel erstellt wird, den Bereich



Energieforschung und -lehre deutlich zu stärken.

In diesem Zusammenhang ist eine flexible, interdisziplinäre gestaltete Struktur, in der zum Beispiel Klimaforscher und Ingenieure in einem Forschungsnetzwerk zusammenwirken, zu unterstützen.

Ein solches landesweites „Joint Venture“ der wichtigsten Forschungsinstitutionen in der Energieforschung wäre deutschlandweit einzigartig und würde den Hochschulstandort Marburg nachhaltig stärken.

### **Marburger Solarsatzung**

Die CDU Marburg lehnt die von Rot-Grün eingeführte Marburger Zwangssolarsatzung ab. Keine Solarpflicht gegen die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt!

### **Naherholungsgebiete schützen – öffentliche Grünflächen erhalten**

Marburg ist umgeben und eingebettet in eine reizvolle Landschaft und in eine reiche Natur. Sie zu bewahren ist die eine Aufgabe. Sie erlebbar zu machen und den Menschen nahe zu bringen, ist die andere Aufgabe. „Von der Natur lernen“ ist ein etabliertes Bildungsinstrument vom Erwerb der ersten Naturkompetenz im Kindergarten, über die schulischen Ebenen bis hin zur Erwachsenenbildung.

Die Bewahrung des alten wie des neuen botanischen Gartens ist in gemeinsamer Anstrengung mit der Philipps-Universität zu gestalten. Eine deutlich bessere Pflege öffentlicher Grünflächen sowie die Ertüchtigung der zahlreichen Spazier- und Wanderwege rund um Marburg ermöglichen auch gehbehinderten Menschen und Familien mit Kinderwagen die Teilhabe am Erlebnis „Natur“. Beispielhaft fordern wir die Ertüchtigung der Bismarckpromenade und der alten Weinstraße.

## **12. Stadtentwicklung und Wohnungsbau**

### **Wohnungsbau**

Die aktuelle Wohnungsmarkt-Studie hat einmal mehr die Versäumnisse der rot-grünen Koalition im Wohnungsbau und in der Stadtentwicklung offenbart. Die aktuelle Wohnungsnot ist nicht plötzlich über Marburg hereingebrochen. Schon seit 20 Jahren und mehr war deutlich zu spüren, dass der Wohnungsmarkt kaum in der Lage ist, die Nachfrage zu befriedigen. In dieser Folge haben sich die Mietpreise massiv verteuert.

In großer Hast werden nun die überfälligen Wohnungsbauprojekte begleitet oder initiiert, ohne jedoch ein ausgewogenes gesamtheitliches Stadtentwicklungskonzept vorzuhalten, das die Fragestellungen der demographischen Struktur, des ÖPNV, der öffentlichen Verkehrsflächen, der Nahversorgung, der Naherholung usw. beantwortet. Insbesondere der Aspekt der Ausgewogenheit der Bevölkerungsstruktur (Studierende, junge Paare, Familien, Senioren, soziale Durchmischung) bleibt völlig außer Acht. Der soziale Wohnungsbau wird nur dort realisiert, wo er sich gerade anbietet. Eine bewusste Dezentralisierung findet nicht statt. Das einzige Konzept der Stadtregierung lautet „bauliche Nachverdichtung“.

Die CDU Marburg fordert die Erstellung eines gesamtheitlichen Stadtentwicklungskonzeptes, das allen diesen Aspekten Rechnung trägt.

SPD, Grüne und die Marburger Linke reden der Privatisierung des sozialen Wohnungsbaus das Wort. Wir lehnen die Privatisierung der GeWoBau entschieden ab und fordern dagegen die Stärkung der GeWoBau mit zusätzlichen Mitteln. Der soziale Wohnungsbau ist auch weiterhin in hohem Maße gefordert. Vor allem fehlt bezahlbarer Wohnraum für Familien. Große Familien haben in Marburg fast gar keine Chance, eine adäquate Wohnung zu finden.

Die Marburger Wohnungspolitik muss aber auch die Frage beantworten, wo sie den Wohnungsbau für die Familien der Mittelschicht ermöglichen möchte. In den Außenstadtteilen mangelt es an Bauplätzen und die Innenstadtverdichtung erfolgt fast ausschließlich zugunsten des sozialen Wohnungsbaus. Die CDU Marburg fordert hier die Formulierung mittelfristiger Lösungen.

### **Starke Stadtteile – Starke Stadt**

Die Stadtteile der Universitätsstadt Marburg haben große Bedeutung für die Stadt als Ganzes. Die Stadtteile sind unerlässlicher Bestandteil Marburgs. Die CDU unterstützt die Stadtteile nachhaltig und ehrlich.

Dazu gehört neben der deutlichen Verbesserung der Fuß- und Radwege einhergehend mit deren Ausbau auch die Aufstockung der Mittel für den Feldwegeausbau zu deren Erhalt.

Nach wie vor setzen wir uns für die Verbesserung der ÖPNV-Anbindung ein. Der Umgang mit den gewählten Ortsbeiräten muss sich deutlich verbessern. Die CDU möchte diese Gremien deutlich früher einbezogen wissen. Deshalb wird sich die CDU auch in Zukunft vor anstehenden Entscheidungen, die im unmittelbaren Wirkungsbereich der Ortsbeiräte stehen, mit den Verantwortlichen beraten.

In den Außenstadtteilen besteht ein hoher Baulandbedarf. Die maßvolle Ausweisung neuer Baugebiete soll insbesondere den jungen Familien die Möglichkeit geben, in ihrem Stadtteil heimisch zu bleiben, anstatt in die großen Neubaugebiete der Nachbarkommunen Lahntal, Weimar, Cölbe und Ebsdorfergrund abzuwandern.

Die Vergabe der Baugrundstücke an junge Familien hat Vorrang.

Neben der Ausweisung von Bauland für Neubauten sollen auch die Ortskerne für zeitgemäßes Wohnen an Attraktivität gewinnen. So sollen z. B. seit Jahrzehnten nicht mehr genutzte Wirtschaftsgebäude entfernt werden können, um Freiraum für heutige Anforderungen an entsprechendes Wohnen zu ermöglichen. Die Belange des Denkmalschutzes müssen beachtet werden, jedoch muss auch die Denkmalbehörde während der Genehmigungsverfahren zeitgemäße Vorstellungen und die finanziellen Möglichkeiten der Bauwilligen berücksichtigen. Bisherige enge Auflagen, die nicht einsichtig und wirtschaftlich nicht vertretbar sind, darf es nicht mehr geben. Einen "verdichteten" Wohnungsbau in den Stadtteilen lehnt die CDU ab.

Der Attraktivität der Marburger Ortsteile sollte ein besonderes Augenmerk geschenkt werden. Hier möchte die CDU Marburg mit den Bürgerinnen und Bürgern im ständigen Dialog stehen, um Vorschläge direkt aufnehmen zu können. Hierzu gehören der Erhalt und die Sanierung der Bürgerhäuser in den Stadtteilen und damit einhergehend die Steigerung der Attraktivität.

### **Bewahrung des historischen Stadtbildes**

Das Stadtbild von Marburg wird nicht alleine von der Oberstadt, sondern zu wesentlichen Teilen auch durch den besonderen Charakter der baulichen Anlagen, z.B. in der Südstadt und den Ortsteilen, geprägt. Es muss Schluss gemacht werden mit Bausünden, die aus ideologieverpflichteten und undurchdachten Baumaßnahmen resultieren. Gerade in den letzten beiden Jahrzehnten hat das Stadtbild z.B. unter den Center-Neubauten am Erlerring oder der Aufstockung des Pilgrimstein-Parkhauses erheblich gelitten. Wir laufen Gefahr, den großen Verdienst des ehemaligen Marburger Oberbürgermeisters Dr. Hanno Drechsler um den Erhalt des mittelalterlichen Stadtbildes zu verlieren.

## **13. Bürgerbeteiligung**

## **Marburg gemeinsam gestalten – Bürgerinnen und Bürger beteiligen**

Die CDU Marburg fordert eine intensivere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger Marburgs bei wichtigen politischen Entscheidungen. Vor allem Projekte, die das Leben in der Stadt in wesentlicher Art und Weise prägen/prägen könnten, sollen in ergebnisoffenen Verfahren mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert werden.

Bürgerbeteiligung in Form bloßer Informationsveranstaltungen oder vorgeblicher Bürgerbefragungen deren Ergebnisse im eigenen Sinne sehr eigenwillig interpretiert werden, um eigene ideologische Vorhaben zu legitimieren, führen zu einem Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger in die Stadtpolitik. Dieser Weg muss dringend verlassen werden, hin zu Ehrlichkeit und Transparenz!

Nicht alle Beteiligungsformen erreichen alle Bevölkerungsschichten. So bedarf es einer behutsamen Entwicklung eines modularen Beteiligungsverfahrens, das geeignet erscheint, die Meinung der Bevölkerung tatsächlich zu erfassen.